



LAG Freie Wohlfahrtspflege, Gruperstr. 4, 30159 Hannover, Fon: 0177 69 97 053

Netz: www.landesarmutskonferenz-niedersachsen.de

Mail: [<fabian.steenken@landesarmutskonferenz-nds.de>](mailto:fabian.steenken@landesarmutskonferenz-nds.de)

Pressemitteilung

Landesarmutskonferenz kritisiert ungebrochenen Armutstrend und fordert mehr soziale Gerechtigkeit!

29.01.2025, Hannover

In Deutschland waren im Jahr 2024 rund 17,6 Millionen Menschen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Das waren 20,9 % der Bevölkerung, wie das Statistische Bundesamt (Destatis) anhand von Erstergebnissen der Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) mitteilt.

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen fordert angesichts dieses ungebrochenen Armutstrends vor dem Hintergrund des aktuellen Wahlkampfes deutliche und nachhaltige Maßnahmen für mehr soziale Gerechtigkeit und den Erhalt unsere Demokratie in Krisenzeiten.

Fabian Steenken, Geschäftsführer der LAK Niedersachsen weist auf die langfristige Tendenz hin:

„2006 lag die Armutsquote noch bei 14,0 Prozent. Unsere Gesellschaft spaltet sich faktisch immer mehr, soziale Gerechtigkeit wird immer weniger und das bedroht unsere Demokratie. Schon jetzt ist in sozialen Brennpunkten die Wahlverweigerung doppelt so hoch wie in gutsituierten Wohngebieten und die AfD erzielt dort regelmäßig ihre besten Wahlergebnisse.

*Armutsbekämpfung als Maßnahme zum Erhalt unserer Demokratie spielt im bisherigen Wahlkampf eine völlig untergeordnete Rolle. Stattdessen überbieten sich Parteien im Wettlauf um die rigorosesten Abschiebemaßnahmen oder die härtesten Sanktionsmaßnahmen gegen Bürgergeldempfänger*innen, als ob das die zentralen Probleme unserer Zukunftsgestaltung wären. Gewinnen könne dabei aber nur die Feinde der Demokratie von der AfD!*

Trauriges Fazit: Die Politik stellt sich in Zeiten des Wahlkampfes ein Armutszeugnis aus!

Bedenklich aus Sicht der LAK die Zunahme bei der Armutsgefährdung:

Im Jahr 2024 waren 15,5 % der Bevölkerung oder rund 13,1 Millionen Menschen in Deutschland armutsgefährdet. Im Jahr 2023 hatte die Armutsgefährdungsquote noch bei 14,4 % (12,1

Millionen Personen) gelegen. Nach EU-SILC gilt eine Person als armutsgefährdet, wenn sie über weniger als 60 % des mittleren Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung verfügt. 2024 lag dieser Schwellenwert für eine alleinlebende Person in Deutschland netto (nach Steuern und Sozialabgaben) bei 1 378 Euro im Monat (2023: 1 314 Euro).

Bilanz für 2024: Die Menschen haben am Ende des Tages immer weniger Geld im Portemonnaie. Für immer mehr Menschen stellt sich die existentielle Frage: Heizen

oder Essen. Die dramatischen Effekte der zurückliegenden Inflation für Arme gerade bei Grundnahrungsmitteln sind noch lange nicht kompensiert. Was das mit unserer Demokratie macht, sehen wir an den ständig wachsenden Zustimmungswerten für die AfD!

Zusätzlich baut sich zurzeit gerade eine regelrechte Entlassungswelle bei Konzernen auf, die Gefahr einer anhaltenden Rezession ist noch nicht gebannt. Diese Entlassungen werden sich mittelfristig auch auf den ohnehin viel zu hohen Sockel an Langzeitarbeitslosigkeit auswirken. Das sorgt auch in der Mitte der Gesellschaft für wachsende Angst vor dem sozialen Absturz, während sich die Superreichen seit Jahrzehnten bei der Finanzierung unseres solidarischen Gemeinwesens einen schlanken Fuß machen.

Und: Die Mietenexplosion strahlt mittlerweile über die Ballungsräume hinaus in die Peripherien aus. Die Wohnfrage ist eine der zentralen Fragen der Zukunft unserer Gesellschaft.

Steenken gibt angesichts der Tatsache, dass die Politik sich seit Jahren weigert, Armut nachhaltig zu bekämpfen, zu bedenken:

„Worüber reden wir, wenn wir tatsächlich in eine richtig tiefe Rezession rutschen, was niemand ausschließen kann?“

Die LAK fordert daher nachhaltige Maßnahmen zur Armutsbekämpfung wie:

- Sofortige Erhöhung der Regelsätze für Bürgergeld und Grundsicherung um 200 Euro im Monat
- Einführung einer armutsfesten Kindergrundsicherung
- Einführung eines Sozialen Arbeitsmarktes für Langzeitarbeitslose
- Eine gesetzliche Rentenversicherung mit armutsfester Mindestrente
- Eine Mietpreisbremse
- Vermögenssteuer für Superreiche, um sie an der angemessenen Finanzierung unseres Gemeinwesens zu beteiligen

Info:

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen wurde 1995 gegründet. Sie ist ein Zusammenschluss von Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen.

Mit der Bitte um Berichterstattung und freundlichen Grüßen

Fabian Steenken – LAK-Geschäftsführer

Kontakt: 0177 69 97 053